

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 445

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1101

### **Weiterer geplanter Windpark im Windeignungsgebiet Willmersdorf-Tempelfelde**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Das Windeignungsgebiet Willmersdorf-Tempelfelde ist mit 674 Hektar das größte des Barnim. Es beeinflusst die Gebiete von Bernau, Rüdnitz, Biesenthal, Sydower Fließ und Werneuchen. Durch seine Größe mit bereits jetzt 32 Windkraftanlagen und die Lage mitten im dicht besiedelten Speckgürtel verursacht das Windeignungsgebiet besonders starke Probleme für die Anwohner. Bei den Windparks im Osten von Bernau kamen von BVB / FREIE WÄHLER vorangetriebene Messungen zum Ergebnis, dass die zulässigen Lärmpegel in den angrenzenden Wohnsiedlungen entgegen den Lärmprognosen überschritten wurden. Entsprechend wurde eine Drosslung der dortigen 11 Anlagen vom Typ Vestas V126 angeordnet. Inzwischen beschwerten sich Anwohner, dass die Anlagen wieder lauter geworden sind. Gleichzeitig wurde bekannt, dass nun weitere 11 Windkraftanlagen größter Bauart in diesem Windeignungsgebiet geplant sind. Diese Planungen sind angesichts der Vorgeschichte schwer nachvollziehbar.

1. Wie konnte es trotz Lärmprognose im Rahmen des Genehmigungsverfahrens dazu kommen, dass die Grenzwerte in der Realität überschritten wurden?

Zu Frage 1: Lärmprognosen haben stets eine gewisse Unsicherheit. Aus diesem Grunde werden auch in Fällen, in denen prognostizierte Werte nur wenig unterhalb der zulässigen Lärmschutzrichtwerte liegen, Nachweismessungen angeordnet. Einzelheiten der Prognoseunsicherheit bei Windenergieanlagen sind dem Anhang des WEA-Geräuschemmissionserlasses vom 16.01.2019 unter folgendem Link zu entnehmen:

<https://mluk.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/WKA-Geraeuschemissionserlass-Anhang.pdf>

2. Wurde nach der Genehmigung in den angrenzenden Wohngebieten eine reale Messung der Lärmimmissionen am Tag und in der Nacht durchgeführt?

Zu Frage 2: Eine solche orientierende Immissionsmessung wurde am 23.11.2018 im Wohngebiet Nibelungen (Rheingoldstraße) von nachts 04:10 Uhr bis tags 06:00 Uhr vorgenommen.

3. Besteht die veranlasste Anordnung zur nächtlichen Drosselung weiter?

Eingegangen: 25.05.2020 / Ausgegeben: 02.06.2020

4. Wenn keine Anordnung zur nächtlichen Drosselung mehr besteht: Durch welche Maßnahmen wurde der Lärm reduziert?

Zu Frage 3 und 4: Einzelne Anlagen haben laut Genehmigungsbescheid eine nächtliche Drosselung dauerhaft umzusetzen. Weitere nächtliche Drosselungen, die nach Erteilung der Genehmigung festgelegt wurden, sind so lange aufrechtzuerhalten, bis durch Vorlage einer weiteren Messung durch ein zugelassenes Messinstitut die Einhaltung der Genehmigung bestätigt wird.

5. Wurde im Fall einer Aufhebung der Drosselung anschließend eine erneute Lärmmessung durchgeführt? Wenn ja: Wo, wann und mit welchem Ergebnis?

Zu Frage 5: Siehe hierzu Antwort zu Frage 3 und 4. Eine erneute Messung ist bisher nicht durchgeführt worden.

6. Bei den Anwohnern wird auch die blinkende Befeuerung der Anlagen kritisiert. Welche der Windkraftanlagen im Windeignungsgebiet Willmersdorf-Tempelfelde verfügen über eine radargesteuerte Befeuerung, die nur eingeschaltet wird, wenn sich Flugzeuge in der Nähe befinden?

Zu Frage 6: Zurzeit verfügt keine der in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen im Windeignungsgebiet Willmersdorf-Tempelfelde über eine bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung.

7. Bei welchen der bestehenden Anlagen ist geplant, das Blinken durch nachträgliche Installation einer radargesteuerten Befeuerung zu reduzieren?

Zu Frage 7: Bei einer bestehenden Windkraftanlage ist geplant, diese mit einer Einrichtung zur bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) auszustatten. Weitere Informationen darüber, bei welchen bestehenden Anlagen der Einbau einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung geplant ist, liegen nicht vor.

Weitere Vorbemerkung des Fragestellers: Die bestehenden Anlagen, von denen die Lärmprobleme ausgingen, handelt es sich um Anlagen vom Typ Vestas V126. Mindestens eine weitere Anlage des gleichen Typs soll nun laut Antrag im gleichen Windeignungsgebiet errichtet werden. Bei den restlichen 8 geplanten Anlagen handelt es sich um Vestas V117. Dies haben laut Angaben von Vestas sogar noch größere Lärmemissionen als bei der V126 (105,7 dB bei V117 gegenüber 104,4 dB bei V126).

8. Welche technischen Unterschiede gibt es bei der neuen Anlage des Typs V126 im Vergleich zu den benachbarten Anlagen gleichen Typs, die wegen übermäßiger Lärmimmissionen gedrosselt werden mussten?

Zu Frage 8: Es handelt sich bei den bestehenden und neu beantragten Anlagen jeweils um den Typ Vestas V126-3.45 TES. Technische Unterschiede sind der Landesregierung nicht bekannt.

9. Wie kann trotz höherer Lärmemissionen bei den Anlagen des Typs V117 sichergestellt werden, dass im Gegensatz zu den Erfahrungen mit den angrenzenden Anlagen in den

umliegenden Wohnsiedlungen Albertshof, Willmersdorf, Börnicke und Nibelungen die Lärmimmissionen unter den gesetzlichen Grenzwerten bleiben?

Zu Frage 9: Dies geschieht durch entsprechende Auflagen, wie z. B. die Festlegung von Abschaltzeiten oder lärmreduziertem Betrieb.

10. Sollen reale Lärmmessungen in den umliegenden Wohnsiedlungen Albertshof, Willmersdorf, Börnicke und Nibelungen durchgeführt werden?

Zu Frage 10: Zur Abarbeitung laufender Beschwerdeverfahren ist eine weitere orientierende Lärmimmissionsmessung im Gebiet Nibelungen vorgesehen.

11. Ist geplant, die neuen Anlagen mit einer radargesteuerten Befeuerung auszustatten? Wenn nein: Warum nicht?

Zu Frage 11: Es ist nicht bekannt, inwieweit die neuen Anlagen mit einem System zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung ausgestattet werden. Entsprechend dem Wortlaut der Nr. 17.4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen kann der Einschaltvorgang der Flughindernisbefeuerung bedarfsgesteuert erfolgen. Es liegt keine Verpflichtung zum Einbau eines solchen Systems vor.

12. Im Juni findet die Verhandlung vor dem OVG Berlin-Brandenburg betreffend den Teilflächenplan statt. Ist es vorgesehen, Maßnahmen zur Errichtung der neuen Anlagen bis zum Ergehen einer Entscheidung auszusetzen?

Zu Frage 12: Eine Aussetzung von Genehmigungsverfahren wegen bevorstehender Gerichtsverfahren ist nach den Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Genehmigungsverfahrensverordnung - 9. BImSchV) unzulässig. Ein Regionalplan behält seine Gültigkeit und ist von der Genehmigungsbehörde zu beachten, solange er nicht vom Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärt worden ist.

13. Wie werden die gegen den Teilflächenplan klagenden Gemeinden in den aktuellen Errichtungsprozess einbezogen?

Zu Frage 13: Gemeinden, deren Verantwortungsbereich von dem Vorhaben betroffen sein kann, werden gem. § 11 der 9. BImSchV im Genehmigungsverfahren beteiligt.